

Formularbuch

der Steuer- und Wirtschaftspraxis

Begründet von
F. A. Schmitt, ehemals Treuhanddirektor
und
Dr. jur. Fritz Schmitt

Fortgeführt von
Leitender Regierungsdirektor
Dipl.-Finanzwirt Wilfried Apitz

2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978-3-503-00083-8

ISBN 978-3-503-00083-8
ISSN 0933 8276

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2019
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Meta Systems, Wustermark

Vorwort

Der Markt bietet eine Fülle von Textausgaben und Kommentaren zu allen wichtigen Steuergesetzen. Das „Formularbuch der Steuer- und Wirtschaftspraxis“ (kurz „FB“ genannt) grenzt sich von den Regelkommentierungen dadurch ab, dass es zum einen die drei ineinandergreifenden Hauptstoffgebiete: Steuerrecht – Gesellschaftsrecht – Bürgerliches Recht miteinander vereint und durch sehr zahlreiche Formularmuster, Musterbeispiele und Vertragsmuster eine Hilfe für die tägliche Arbeit bereithält.

Das FB hilft durch seinen Aufbau seit Jahren die immer umfangreicher, komplexer und schwieriger werdenden Stoffgebiete der Steuer- und Wirtschaftsberatung durch seine praktische Systematik zu vereinfachen. Seine leichtverständliche Sprache ermöglicht es auch dem beruflichen Nachwuchs sich eigenständig den Einstieg in bisher unbekannte Rechtsgebiete zu erschließen.

Diese Tradition soll weiter fortgesetzt werden. Es ist auch in der Zukunft mit weiteren Gesetzesänderungen zu rechnen. Der Gesetzgeber überrascht den Praktiker jedes Jahr mit neuen Ideen. Das FB wird sich in bekannter Manier der Thematiken annehmen und Hilfestellung in Form verständlicher Kommentierungen, Berechnungsbeispielen und Musterformulierungen liefern.

Die Verfasser fühlen sich angesichts der Entwicklung und Schnellebigkeit des Steuerrechts darin bestätigt, dass die von ihnen in der Vergangenheit gewählte Loseblattform den Bedürfnissen der Praxis am ehesten gerecht wird. Diese Form wird daher auch beibehalten, denn sie ermöglicht die Kommentierung kurzfristig der jeweils geltenden Gesetzeslage anzupassen. Die Aktualisierung des FB durch regelmäßige Ergänzungslieferungen wird deshalb auch weiterhin für die Verfasser verpflichtend sein.

Die Verfasser hoffen, dass das FB auf diese Weise auch in der Zukunft bei seinen Beziehern großen Zuspruch findet und Ihnen immer eine Lösungshilfe für die täglichen Praxisprobleme bietet.

Sundern, im Dezember 2016

Die Verfasser

Haupteinteilung

	Kennzahl
Vorwort	010
Haupteinteilung	015
Abkürzungen	020
Inhaltsübersicht	025
Stichwortverzeichnis	035
I. TEIL	
Aus der Praxis des Steuerrechts	100 bis 580
II. TEIL	
Aus der Praxis des Gesellschaftsrechts	700 bis 796
III. TEIL	
Aus der Praxis des bürgerlichen Rechts	800 bis 900

Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
I. TEIL		
Aus der Praxis des Steuerrechts	100	1
Einführung		2
I. Die Einkommensteuer	105	1
II. Die Kapitalertragsteuer	120	1
1. Abzugspflichtige Personen und Erträge nach dem EStG		1
2. Bemessung der Kapitalertragsteuer		4
a) Allgemeines		4
b) Übernahme der Kapitalertragsteuer durch den Schuldner der Kapitalerträge		5
3. Bemessungsgrundlage/Ersatzbemessungsgrundlage		5
4. Depotübertragungen mit Gläubigerwechsel		7
5. Freistellungsaufträge		9
a) Freistellungsauftrag		9
b) Gemeinsamer Freistellungsauftrag als Voraussetzung für die Verlustverrechnung gemäß § 43a Abs. 3 Satz 2 2. Halbsatz EStG		12
c) Getrennte Verlusttöpfe mit übergreifender Verrechnung nur am Jahresende		12
d) Verrechnung von Verlusten aus Aktienveräußerungen		14
e) Berücksichtigung des gemeinsamen Freistellungsauftrags		15
f) Quellensteueranrechnung		16
6. NV-Bescheinigung		18
7. Steuerbescheinigungen		19
a) Steuerbescheinigung für Privatkonten und/oder -depots sowie Verlustbescheinigung i. S. des § 43a Abs. 3 Satz 4 EStG (Muster I)		22
b) Steuerbescheinigung einer leistenden Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse oder eines Personenunternehmens oder eines Spezial-Investmentfonds (Muster II)		36

c)	Steuerbescheinigung der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften i. S. der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG sowie bei Einkünften i. S. des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a und 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder Spezial-Investmentfonds (Muster III)	120	40
d)	Besonderheiten Muster I und III		43
e)	Fundstellennachweis und Anwendungsregelung		45
8.	Anrechnung ausländischer Quellensteuer		46
9.	Berücksichtigung des sog. Verlusttopfes (§ 43a Abs. 3 Satz 2–6 und 8 EStG)		50
a)	Führung eines Steuerverrechnungskontos mit Erstattungsmöglichkeit und Auskunft über den Stand des Steuerverrechnungskontos		50
b)	Verlustverrechnung nur für Konten und Depots des Privatvermögens		50
c)	Verlustverrechnung bei Ehegatten/Lebenspartnern für den Veranlagungszeitraum 2009		51
d)	Verlustverrechnung bei Ehegatten/Lebenspartnern ab dem Veranlagungszeitraum 2010		51
e)	Gemeinschaftskonten und -depots.		51
f)	Treuhandkonten und -depots, Wohnungseigentümergeinschaften u.Ä.		52
g)	Schließen des Verlusttopfs bei Tod eines Kunden		52
h)	Verlustverrechnung bei NV-Fällen		52
i)	Verrechnung von Aktienverlusten (Aktientopf)		53
j)	Berücksichtigung von Freistellungsaufträgen		53
k)	Verlustvortrag auf Folgejahr bzw. Ausstellung einer Verlustbescheinigung		54
l)	Vollständiger Depotübertrag auf mehrere Institute nach Beendigung der Kundenbeziehung		54
m)	Verlustbescheinigung beim Tod eines Kunden (§ 43a Abs. 3 Satz 4 EStG)		55
n)	Verlustbescheinigung bei Beendigung der Kundenbeziehung und bei Steuerausländereigenschaft		55
o)	Kein Verlusttopf bei Körperschaften (§ 43a Abs. 3 Satz 8 EStG)		55
10.	Korrekturen beim Kapitalertragsteuerabzug (§ 43a Abs. 3 Satz 7 EStG)		55
11.	Erstattung von Kapitalertragsteuer in besonderen Fällen		59

	Kennzahl	Seite
12. Kapitalertragsteuer bei beschränkt stpfl. Einkünften aus Kapitalvermögen	120	60
13. Kirchensteuer auf Kapitalertragsteuer		61
14. Rechtsbehelfe		62
15. Muster		63
1 <i>Muster I Steuerbescheinigung für Privatkonten und/oder -depots sowie Verlustbescheinigung i.S. des § 43a Abs. 3 Satz 4 EStG</i>		63
2 <i>Muster II Steuerbescheinigung einer leistenden Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse oder eines Personenunternehmens oder eines Spezial-Investmentfonds</i>		71
3 <i>Muster III Steuerbescheinigung der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften i.S. der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG, bei Einkünften i.S. des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen, bei Einkünften von Körperschaften, Vermögensmassen und Personenvereinigungen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds</i>		77
III. Die Lohnsteuer	140	1
Rechtsgrundlagen		1
1. Vorbemerkung		1
2. Besteuerungsgrundlage		3
3. Steuerfreie Leistungen an Arbeitnehmer		6
a) Überlassung von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer		8
b) Reisekostenersatz – Inlandsreisen		9
aa) Gesetzliche Definition „erste Tätigkeitsstätte“, § 9 Abs. 4 EStG		9
bb) Tatsächliche Fahrtkosten und pauschaler Kilometersatz bei auswärtiger Tätigkeit		12
cc) Verpflegungsmehraufwendungen		12
dd) Unterkunftskosten bei beruflich veranlasster Auswärtstätigkeit		12b
ee) Anwendung des Reisekostenrechts bei der Gewinnermittlung		14
ff) Beispiele – Reisekosten 2014		14a
gg) Unterkunftskosten – Doppelte Haushaltsführung . . .		16a
hh) Beispiele – Doppelte Haushaltsführung		16b

	Kennzahl	Seite
c) Reisekostenersatz – Auslandsdienstreisen	140	18b
aa) Fahrtkosten		18b
bb) Übernachtungskosten		18b
cc) Mehraufwendungen für Verpflegung		18b
1 <i>Übersicht über die ab 1. Januar 2019 geltenden Pauschbeträge für Verpflegungs- mehraufwendungen und Übernachtungs- kosten im Ausland</i>		21
4. Lohnsteuerabzugsmerkmale bzw. ELSTAM		28a
a) Bildung von LSt-Abzugsmerkmalen statt LSt-Karte		28a
2 <i>Antrag auf Mitteilung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale</i>		38
3 <i>Antrag bei zukünftigem Arbeitsverhältnis</i>		38
4 <i>Antrag bei fehlender Identifikationsnummer</i>		39
5 <i>Antrag zur Eintragung eines volljährigen Kindes</i>		39
6 <i>Antrag auf Eintragung eines Freibetrags</i>		40
7 <i>Antrag auf Eintragung eines Faktors</i>		40
8 <i>Antrag auf erstmalige Bildung der Steuerklassen- kombination III/V</i>		41
9 <i>Antrag zur Änderung der Steuerklassenkombination</i>		41
10 <i>Antrag zur Sperrung eines Arbeitgebers von der Möglichkeit des Abrufs elektronischer LSt-Abzugsmerkmale</i>		42
11 <i>Antrag zur Aufteilung eines Lohnsteuerfreibetrags</i>		43
12 <i>Antrag des Arbeitgebers auf Befreiung vom Abrufverfahren (Härteklause)</i>		43
13 <i>Antrag des Arbeitgebers auf Befreiung vom Abruf- verfahren (ausschließlich Arbeitnehmer im Minijob)</i>		44
14 <i>Mitteilung des Arbeitgebers über Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>		44
b) Die Steuerklassen		44
c) Wahl der Steuerklasse bei beiderseits berufstätigen Ehegatten/Lebenspartnern		46
aa) Steuerklassenwahl		48
bb) Faktorverfahren		49
15 <i>Wahl der Steuerklassen in 2019</i>		52
16 <i>Wahl der Steuerklassen in 2019</i>		52a
d) Wechsel der Steuerklassen		52b

	Kennzahl	Seite
e) Eintragung der Zahl der Kinderfreibeträge auf der Lohnsteuerkarte	140	52c
f) Bedeutung der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Zahl der Kinderfreibeträge		52d
17 <i>Musterbeispiele für die Eintragung der Zahl der Kinderfreibeträge</i>		52d
g) Geltungsdauer von Frei- und Hinzurechnungsbeträgen . . .		53
h) Faktorverfahren nach § 39f EStG		54
5. Lohnsteuerfreie Beträge		54f
a) Beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben (Vorsorgeaufwendungen)		54f
b) Erhöhte Werbungskosten, unbeschränkt abzugsfähige Sonderausgaben,		54g
18 <i>Musterbeispiele für die Antragstellung auf Steuermäßigung bei erhöhten Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen unter Beachtung der 600-€-Grenze</i>		55
c) Freibetrag bei Steuerklasse VI		56
d) Pauschbeträge für behinderte Menschen, Hinterbliebene und Pflegepersonen		57
e) Negative Einkünfte aus anderen Einkunftsarten, Verlustabzug		57
6. Freibeträge, die nicht als steuerfreier Betrag berücksichtigt werden		57
a) Versorgungsfreibetrag		57
b) Altersentlastungsbetrag		57
7. Lohnsteuerberechnung bei sonstigen Einkünften		58
8. Pauschalierung der Lohnsteuer in besonderen Fällen		58
9. Pauschalierung der Lohnsteuer für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte		59
10. Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen		60
11. Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer		61
12. Aufzeichnungspflichten beim Lohnsteuerabzug		61
13. Buchung der Löhne und Gehälter		62
a) Lohnabzugsverfahren und Lohnkonto		62
b) Buchungsverfahren		63
aa) Nettoverfahren der Lohn- und Gehaltsverbuchung		63
19 <i>Beispiel (Nettoverfahren)</i>		63
bb) Bruttoverfahren der Lohn- und Gehaltsverbuchung		64
20 <i>Beispiel (Bruttoverfahren)</i>		64

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
cc) Buchung von Vorschusszahlungen auf Lohn oder Gehalt	140	64
21 <i>Beispiel (Vorschuss)</i>		64
dd) Kalkulatorische Buchungsabgrenzung der Löhne		65
ee) Buchungsabgrenzung für Löhne beim Jahresabschluss 22 <i>Beispiel (Buchungsabgrenzung)</i>		65
14. Haftung des Arbeitgebers und Haftung bei Arbeitnehmerüberlassung	140	66
15. Kirchensteuer		66
16. Lohnsteuerjahresausgleich		66
17. Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit		68
18. Weitere Antragsbeispiele zur Lohnsteuer		68
23 <i>Antrag auf Änderung der LSt-Abzugsmerkmale wegen familiärer Veränderung (Kinder)</i>		69
24 <i>Antrag auf Änderung der LSt-Abzugsmerkmale wegen familiärer Veränderung (Heirat)</i>		69
25 <i>Antrag auf Stundung von Lohnsteuer</i>		70
19. Rechtsbehelfe		71
26 <i>Einspruch des Arbeitgebers gegen einen Lohnsteuerhaftungsbescheid</i>		72
27 <i>Einspruch des Arbeitnehmers gegen die Ablehnung eines Antrags auf Gewährung eines Freibetrags wegen erhöhter Werbungskosten</i>		73
28 <i>Einspruch des Arbeitnehmers gegen die Ablehnung eines Antrags auf Gewährung eines Freibetrags wegen außergewöhnlicher Belastung</i>		74
IV. Die Körperschaftsteuer	160	1
Rechtsgrundlagen		1
1. Begriff und Zweck der Körperschaftsteuer		1
2. Gesellschaftsformen		2
a) <i>Gesellschaftsformen im Überblick</i>		2
b) <i>Körperschaften</i>		3

(Fortsetzung Seite 6a)

	Kennzahl	Seite
aa) Kapitalgesellschaften	160	3
bb) Entstehungsstadien einer Kapitalgesellschaft.		4
cc) Steuerliche Folgen der Löschung einer britischen Limited aus dem britischen Handelsregister		5
c) Genossenschaften.		6
d) Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.		6
e) Juristische Personen des privaten Rechts		6
f) Betrieb gewerblicher Art (BgA).		7
g) Unternehmungsgesellschaft (haftungsbeschränkt) (§ 5a GmbHG).		7
1 <i>Musterprotokoll für die Gründung einer Einpersonengesellschaft</i>		11
2 <i>Musterprotokoll für die Gründung einer Mehrpersonengesellschaft.</i>		12
3. Steuerpflicht		13
a) Unbeschränkte Steuerpflicht.		13
b) Beschränkte Steuerpflicht		13
c) Beginn und Ende der Steuerpflicht.		14
aa) Beginn der Körperschaftsteuerpflicht		14
bb) Ende der Körperschaftsteuerpflicht		14
4. Steuerbefreiungen		15
5. Eigenkapital der Kapitalgesellschaften		16
6. Gewinnermittlung		19
7. Einkunftsarten		20
8. Steuergegenstand (Einkommen).		20
a) Bemessung des zu versteuernden Einkommens allgemein		20
3 <i>Schema zur Einkommensermittlungen: Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei Kapitalgesellschaften.</i>		21
b) Nicht abziehbare Ausgaben		22
c) Ertragsteuerliche Behandlung von Erstattungszinsen (§ 233a AO) bei der Körperschaftsteuer		22
d) Spendenabzug		23
4 <i>Abzug von Zuwendungen bei Kapitalgesellschaften gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG</i>		23
9. Besonderheiten bei der Einkommensermittlung.		24
a) Zinsschranke (§ 8a KStG)		24
b) Beteiligung an anderen Körperschaften (§ 8b KStG)		26

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
c) Verlustabzug bei Körperschaften (§ 8c KStG)	160	49
10. Steuerliches Einlagekonto (§ 27 KStG)		57
a) Allgemeines		57
b) Ermittlung und Fortschreibung des steuerlichen Einlagekontos		59
11. Verdeckte Gewinnausschüttung		65
a) Allgemeines		65
b) Fallgruppen der verdeckten Gewinnausschüttung		66
c) Bewertung einer vGA		67
d) Bilanzielle und körperschaftsteuerliche Behandlung der USt		69
e) Rückabwicklung einer vGA		69
f) Auswirkungen einer vGA bei der Kapitalgesellschaft		70
g) Auswirkungen einer vGA beim Anteilseigner		70
h) Gesellschafter, nahestehende Person		72
i) Fälle verdeckter Gewinnausschüttung		76
j) Verfahrensfragen und Korrespondenzprinzip		80
k) Tatbestandsmerkmal „geeignet einen sonstigen Bezug auszulösen“		81
l) Steuerliche Behandlung verdeckter Gewinnaus- schüttungen		81
m) Keine Beseitigung einer verwirklichten verdeckten Gewinnausschüttung		82
n) Schwestergesellschaften und vGA		83
12. Verdeckte Einlage		85
a) Allgemeines		85
b) Forderungsverzicht als Sonderfall einer verdeckten Einlage		86
c) Besserungsschein		89
d) Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft		91
e) Auswirkungen beim Gesellschafter		92
13. Organschaft		93
a) Begriff und Wesen der Organschaft im Steuerrecht		93
b) Gewinnabführungsvertrag		94
5 <i>Muster eines Gewinnabführungsvertrags (GAV)</i> <i>(Organvertrag zwischen zwei selbstständigen</i> <i>Aktiengesellschaften)</i>		98
14. Bemessung der Steuer (Tarif)		101
a) Tarifliche KSt und festzusetzende KSt		101
b) Ermittlung der KSt-Rückstellung		102

	Kennzahl	Seite
15. Freibeträge	160	102
a) Freibetrag für kleinere Körperschaften		102
b) Freibetrag für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine, die Land- und Forstwirtschaft betreiben . . .		103
16. Korrekturen des Jahresüberschusses		103
17. Besteuerung ausländischer Einkünfte		105
6 <i>Einspruch wegen unangemessener Gehaltszahlung</i>		105
7 <i>Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe der Körperschaftssteuererklärung</i>		106
8 <i>Antrag einer GmbH auf Zustimmung zur Umstellung auf ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschafts- jahr</i>		106
9 <i>Einspruch gegen die Ablehnung des Antrages auf Zustimmung zur Umstellung des Wirtschaftsjahrs</i>		107
10 <i>Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen</i>		107
11 <i>Einspruch gegen versagten Betriebsausgabenabzug im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen i. S. d. § 8b Abs. 1 EStG</i>		108
12 <i>Übersendungsschreiben für angeforderte Spenden- bzw. Steueranrechnungsbescheinigungen</i>		108
13 <i>Einspruch wegen Versagung des Verlustabzug bei Körperschaften (§ 8c KStG)</i>		109
14 <i>Einspruch wegen behaupteter Gesellschafter-Fremd- finanzierung (§ 8a KStG)</i>		109
15 <i>Einspruch wegen verdeckter Gewinnausschüttung aufgrund eines Darlehens</i>		110
16 <i>Einspruch wegen verdeckter Gewinnausschüttung aufgrund unangemessener Mietzahlung</i>		111
17 <i>Einspruch wegen nicht anerkannter Geldstrafe als Betriebsausgabe</i>		111
18 <i>Einspruch wegen nicht anerkannter Spenden</i>		112
19 <i>Einspruch wegen teilweise nicht anerkannter Reisekosten für Aufsichtsratsmitglieder</i>		112
20 <i>Einspruch wegen verdeckter Gewinnausschüttung aufgrund PKW-Nutzung durch Gesellschafter</i>		113
21 <i>Einspruch wegen verdeckter Gewinnausschüttung Übersorgung bei Pensionszusage</i>		114

	Kennzahl	Seite
IVa. Die Ergänzungsabgabe	170	1
1. Allgemeines		1
2. Abgabepflicht		1
3. Bemessungsgrundlage		2
4. Zuschlagssatz		4
5. Verzinsung		4a
6. Muster		6
1 <i>Einspruch gegen die Festsetzung des Solidaritäts-</i> <i>zuschlages durch den Steuerpflichtigen</i>		6
2 <i>Einspruch gegen die Festsetzung des Solidaritäts-</i> <i>zuschlages durch einen Steuerberater</i>		6
3 <i>Alternative: Einspruch gegen die Festsetzung des</i> <i>Solidaritätszuschlages durch einen Steuerberater</i>		7
V. Die Vermögensteuer	180	1
VI. Die Gewerbesteuer	200	1
1. Einführung		1
2. Steuergegenstand		2
a) Arten des Gewerbebetriebs		2
b) Formen des Gewerbebetriebs		3
c) Arbeitsgemeinschaften (§ 2a GewStG)		3
d) Verpachtung eines Gewerbebetriebs		3
e) Gewerbebetrieb kraft Rechtsform (§ 2 Abs. 2 GewStG)		3
f) Mehrheit von Betrieben		4
g) Reisegewerbebetriebe		5
3. Steuerpflicht		5
a) Beginn der sachlichen Steuerpflicht		5
b) Ende der sachlichen Steuerpflicht		6
4. Persönliche Steuerpflicht		9
a) Unternehmer als Steuerschuldner (§ 5 Abs. 1 GewStG)		9
b) Unternehmerwechsel (§ 5 Abs. 2 GewStG)		9
c) Gesellschafterwechsel bei Personengesellschaften		10
5. Befreiungen (§ 3 GewStG)		11
6. Besteuerung nach dem Gewerbeertrag		11

	Kennzahl	Seite
7. Hinzurechnungen zum Gewinn aus Gewerbebetrieb (§ 8 GewStG)	200	14
a) Finanzierungsanteile (§ 8 Nr. 1 Buchst. a bis f GewStG)		15
b) Zinsanteil in Renten und dauernden Lasten (§ 8 Nr. 1b GewStG)		22
c) Gewinnanteil an (typisch) stille Gesellschafter (§ 8 Nr. 1c GewStG)		22
d) Finanzierungsanteil in Mieten/Pachten für bewegliches Anlagevermögen (§ 8 Nr. 1d GewStG)		22
e) Finanzierungsanteil in Mieten/Pachten für unbeweglichen Anlagevermögen (§ 8 Nr. 1e GewStG)		23
f) Finanzierungsanteil in Aufwendungen für die Überlassung von Rechten (§ 8 Nr. 1f GewStG)		23
g) Steuerfrei gebliebene Gewinnausschüttungen (§ 8 Nr. 5 GewStG)		23
h) Anteile am Verlust von in- oder ausländischen Personengesellschaften (§ 8 Nr. 8 GewStG)		24
i) Spenden bei Körperschaften (§ 8 Nr. 9 GewStG)		24
8. Kürzungen (§ 9 GewStG)		24
a) Kürzung nach § 9 Nr. 1 GewStG		24
b) Gewinnanteile an gewerblichen Personengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG)		26
c) Gewerbesteuerliches Schachtelprivileg (§ 9 Nr. 2 Buchst. a GewStG)		26
d) Spenden (§ 9 Nr. 5 GewStG)		27
9. Maßgebender Gewerbeertrag (§ 10 GewStG)		28
10. Gewerbeverlust (§ 10a GewStG)		29
a) Mindestbesteuerung (§ 10a Satz 2 GewStG)		29
b) Analoge Anwendung der Regelungen des § 8c KStG (§ 10a Satz 10 GewStG)		29
c) Fortführungsgebundener Verlustvortrag nach § 8d KStG		30
d) Unternehmensidentität		30
e) Unternehmeridentität		31
11. Steuermesszahl und Steuermessbetrag		34
a) Abrundung		34
b) Freibetrag		34
c) Steuermesszahl und Steuermessbetrag		34
d) Festsetzung des Steuermessbetrages		34
12. Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer		35
a) Hebesatz		35

	Kennzahl	Seite
b) Vorauszahlungen	200	35
13. Gewerbesteuer-Veranlagung		35
a) Veranlagungszeitraum und Steuererklärung		35
b) Gefahr des Zuschlags wegen verspäteter Abgabe der Steuererklärung		35
14. Gewerbesteuer-Messbescheid		36
a) Allgemeines		36
b) Aussetzung der Vollziehung von Gewerbesteuer- messbescheiden		36
c) Änderung von Gewerbesteuermessbescheiden nach § 35b Abs. 1 GewStG		37
15. Zerlegung des Steuermessbetrags		41
16. Gewerbesteuer im Jahresabschluss		41
17. Gewerbesteuerliche Organschaft		43
18. Muster – Rechtsbehelfe und Anträge		45
a) Rechtsbehelf gegen die Festsetzung des Steuermessbetrags .		45
1 <i>Einspruch gegen den Gewerbesteuermessbescheid</i>		46
2 <i>Einspruch gegen die Festsetzung des Steuermess- betrages für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen</i>		47
3 <i>Antrag auf Berücksichtigung eines früheren Gewerbeverlusts</i>		47
4 <i>Antrag auf Berichtigung (Änderung) des Gewerbesteuermessbescheids</i>		48
b) Einspruch gegen Verspätungszuschläge		49
c) Widerspruch gegen die Gewerbesteuer		49
5 <i>Widerspruch gegen einen Gewerbesteuerbescheid</i>		49
d) Rechtsbehelfsfristen		50
6 <i>Antrag auf Stundung der Gewerbesteuer</i>		50
VII. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	220	
1. Allgemeines		1
2. Steuerbare Umsätze		2
3. Unternehmer/Unternehmen		3
4. Lieferung/sonstige Leistung		8
a) Abgrenzung Lieferung/sonstige Leistung		8
b) Ort der Lieferung		10
c) Reihengeschäfte		10
d) Gutscheinregelung ab 2019 (§ 3 Abs. 13–15 UStG)		12
e) Ort der sonstigen Leistung (§§ 3a, 3b und 3e UStG)		14

	Kennzahl	Seite
5. Innergemeinschaftlicher Erwerb/Innergemeinschaftliche Lieferung	220	15
a) Innergemeinschaftlicher Erwerb		15
b) Innergemeinschaftliche Warenlieferungen		15
c) Konsignationslagerregelung		18
6. Innergemeinschaftliches Dreiecksgeschäft		18
7. Einfuhr		19
8. Unentgeltliche Wertabgabe		20
a) Fälle des § 3 Abs. 1b UStG		20
b) Verwendung von Gegenständen des Unternehmens (§ 3 Abs. 9a Nr. 1 UStG)		22
c) Andere sonstige Leistungen (Dienstleistungen) (§ 3 Abs. 9a Nr. 2 UStG)		24
9. Steuerbefreiungen		25
a) Allgemeine Grundsätze		25
b) Besondere Nachweiserfordernisse bei der Ausfuhr- lieferung (§ 4 Nr. 1a UStG)		26
10. Bemessungsgrundlage		28
a) Allgemeine Grundsätze		28
b) Besonderheit der Mindestbemessungsgrundlage		28
c) Änderung der Bemessungsgrundlage gemäß § 17 UStG ...		29
11. Steuersätze		30
a) Allgemeine Grundsätze		30
b) Umsatzsteuersatzsenkung		32
12. Steuerschuldner		47
a) Grundsatz		47
b) Übergang der Steuerschuldnerschaft (§ 13b UStG)		49
c) Besonderheiten		50
13. Aufzeichnungspflichten		53
14. Fiskalvertreter		55
15. Ausstellung von Rechnungen		55
a) Bindende Vorschriften für die Ausstellung von Rechnungen		55
b) Rechnungen über Umsätze, die verschiedenen Steuersätzen unterliegen (§ 32 UStDV)		57
c) Rechnung (§ 14 Abs. 1 und 4 UStG, § 14a UStG) mit gesondertem Steuerausweis		57
d) Rechnungserteilung		57

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
e) Elektronische Rechnungen	220	59
f) Gutschriften (§ 14 Abs. 2 Satz 3 und 4 UStG)		60
g) Inhalt der Rechnung		61
h) Rechnungsberichtigung		65
i) Kleinbetragsrechnungen		66
j) Ausstellung von Rechnungen in besonderen Fällen (§ 14a UStG)		66
k) Aufbewahrung von Rechnungen		66
l) Unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis		67
m) Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		67
16. Vorsteuerabzug		67
a) Vorsteuerabzug gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG		67
b) Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Gebäuden		68
c) Kein Vorsteuerabzug bei beabsichtigter Verwendung des Leistungsbezugs für eine unentgeltliche Wertabgabe		69
17. Aufteilung von Vorsteuerbeträgen		70
a) Vorsteueraufteilung gemäß § 15 Abs. 4 UStG		70
18. Berichtigung des Vorsteuerabzugs		73
a) Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)		73
b) Durchführung der Vorsteuerberichtigung gemäß § 15a Abs. 1 UStG, wenn die Voraussetzungen für eine Berichtigung erfüllt sind		76
19. Normales Besteuerungsverfahren		78
20. Besteuerung von Kleinunternehmern (§ 19 UStG)		82
a) Allgemeine Grundsätze		82
b) Verzicht auf die Anwendung der Besteuerung nach § 19 Abs. 1 UStG		85
c) Wechsel der Besteuerungsform		85
d) Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 15a UStG		86
e) Kleinunternehmerregelung und Wechsel der Steuerschuldnerschaft gemäß § 13b UStG		86
21. Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten (§ 20 UStG)		86
22. Besteuerung nach den allgemeinen Durchschnittssätzen		88
23. Besteuerung von Reiseleistungen		89
24. Differenzbesteuerung		91
25. Vorsteuer-Vergütungsverfahren		92
a) Allgemeine Grundsätze		92

	Kennzahl	Seite
b) Vorsteuer-Vergütungsverfahren für im Drittlandsgebiet ansässige Unternehmer	220	94
c) Vorsteuer-Vergütungsverfahren und allgemeines Besteuerungsverfahren		95
d) Vorsteuer-Vergütungsverfahren für im Inland ansässige Unternehmer		96
e) Vorsteuer-Vergütungsverfahren in einem anderen Mitgliedstaat für im Inland ansässige Unternehmer		97
26. Umsatzsteuer-Voranmeldung		98
27. Umsatzsteuer-Nachschau		100
28. Umsatzsteuer-Sonderprüfungen		101
29. Haftung bei Abtretung, Verpfändung oder Pfändung von Forderungen nach § 13c UStG		104
30. Rechtsbehelfe und Anträge		108
 Muster		
1 Antrag auf Berechtigung zur nachträglichen Trennung der Entgelte nach Steuersätzen gemäß § 63 Abs. 5 UStDV		109
2 Muster einer Rechnung über eine Lieferung von Waren, die alle dem gleichen Steuersatz unterliegen, in der von § 14 UStG vorgeschriebenen Form		109
3 Muster einer Rechnung über eine Lieferung von Waren, die verschiedenen Steuersätzen (7 und 19 v. H.) unterliegen, in der von § 14 UStG vorgeschriebenen Form		110
4 Muster einer Kleinbetragsrechnung i.S. des § 33 UStDV		111
5 Muster einer Kleinbetragsrechnung in abgeänderter Form		111
6 Antrag auf Erteilung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		112
7 Anfrage zur Bestätigung einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		112
8 Muster eines Antrags auf Gestattung der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten gemäß § 20 UStG		113
9 Muster eines Antrags auf Besteuerung nach allgemeinen Durchschnittssätzen gemäß § 23 UStG		114
10 Muster eines Antrags auf Besteuerung nach dem Durchschnittssatz gemäß § 23a UStG		114
11 Muster für eine Erklärung i.S. des § 24 Abs. 4 UStG		115
12 Muster eines Antrags auf Befreiung von der Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung		115
13 Muster einer Umsatzsteuer-Voranmeldung (in vereinfachter Form)		116

	Kennzahl	Seite
14 <i>Muster eines Antrags auf Rückzahlung eines Umsatzsteuerguthabens</i>	220	116
15 <i>Einspruch gegen einen Umsatzsteuerbescheid</i>		117
16 <i>Antrag auf Dauerfristverlängerung für die Abgabe der monatlichem Umsatzsteuer- Voranmeldungen und Leistung der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen</i>		117
17 <i>Antrag auf einmalige Verlängerung der Frist zur Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung</i>		118
18 <i>Einspruch gegen die Festsetzung der Umsatzsteuer-Vorauszahlung wegen Nichtabgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung</i>		118
19 <i>Einspruch gegen die Festsetzung der Umsatzsteuer-Vorauszahlung wegen Beanstandung der Umsatzsteuer-Voranmeldung</i>		119
20 <i>Einspruch gegen die Festsetzung von Verspätungs- und Säumniszuschlägen</i>		120
VIII. Die Grundsteuer	240	
IX. Die Grunderwerbsteuer	260	
XII. Die Kfz-Steuer	340	
1. Bedeutung der Kfz-Steuer		1
2. Steuergegenstände		1
a) Halten von inländischen Fahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Straßen		1
b) Halten von ausländischen Fahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Straßen		2
c) Widerrechtliche Benutzung von Fahrzeugen		2
3. Zuteilung von Oldtimerkennzeichen und roten Kennzeichen zur wiederkehrenden Verwendung		2
a) Oldtimer-Kennzeichen		3
b) Rote Kennzeichen		3
4. Steuerhöhe		3
a) Steuersatz für Krafträder (Motorräder)		3
b) Steuersatz für Personenkraftwagen (Pkw)		3
c) Steuersatz für Leichtfahrzeuge		5
d) Steuersatz für Wohnmobile		5
e) Steuersatz für Nutzfahrzeuge		6
5. Steuersatz für Elektrofahrzeuge		9
6. Anwendung der Staffelsteuersätze		9

	Kennzahl	Seite
7. Steuersatz für Kraftfahrzeuganhänger	340	10
8. Steuerpflicht		10
a) Beginn und Dauer der Steuerpflicht		10
b) Ende der Steuerpflicht		11
9. Steuerschuldner		12
10. Fälligkeit und Zahlung der Kfz-Steuer		12
a) Fälligkeit		12
b) Zahlung der Kfz-Steuer		13
11. Steuervergünstigung		15
a) Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen		15
b) Steuervergünstigungen für schwerbehinderte Menschen		16
c) Beantragung und Gewährung einer Steuervergünstigung im Überblick		18
d) Fahrzeugbezogene Steuervergünstigungen		18
e) Steuervergünstigungen für reine Elektrofahrzeuge		18
f) Zweckfremde Benutzung		19
g) Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung		20
12. Änderung von Halterdaten		20
13. Festsetzung		21
14. Aussetzung der Steuer		22
15. Muster		22
1 Antrag auf Erstattung der Kraftfahrzeugsteuer		22
2 Antrag auf Kraftfahrzeugsteuerbefreiung		22
3 Antrag auf Kraftfahrzeugsteuervergünstigung		23
4 Antrag auf Nichterhebung der Steuer für einen Anhänger i. S. d. § 10 KraftStG		23
 XIV. Die Kirchensteuer	 380	
 XVI. Die steuerrechtliche Bewertung	 420	
 XVII. Die steuerliche Schätzung	 440	
1. Schätzungsbefugnis (Pflicht zur Schätzung)		1
2. Formelle und materielle Mängel in der Buchführung		8
a) Formelle Mängel der Buchführung		8
b) Materielle Mängel der Buchführung		20
3. Schätzungsverfahren		21

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
4. Erschütterung der Richtigkeitsvermutung der Buchführung	440	25
5. Strafrechtlicher Anfangsverdacht bei der Feststellung formeller und/oder materieller Mängel		37
6. Schätzung der Höhe nach		38
a) Arten der Schätzung (Voll- oder Teilschätzung)		38
b) Schätzungsmethoden		39
7. Besteuerungsverfahren und Strafverfahren		45
8. Schätzung im Steuerstrafverfahren		47
9. Rechtsbehelfe gegen eine Schätzung		48
10. Überprüfung einer Schätzung durch die Gerichte		57
11. Sonderfall – Schätzung durch den Steuerpflichtigen		59
a) Allgemeines		59
b) Objektive Unmöglichkeit der genauen Ermittlung		60
c) Unzumutbare Ermittlungen		60
d) Gegenstand der Schätzung		61
aa) Bewertungsschätzungen		61
bb) Aufteilungsschätzungen		62
e) Pauschbeträge		67
12. Muster		70
1 Muster einer Richtsatzschätzung 1		70
2 Muster einer Richtsatzschätzung 2		71
3 Muster einer Richtsatzschätzung 3		72
4 Muster einer Richtsatzschätzung 4		72
5 Muster eines inneren und äußeren Betriebsvergleichs		73
6 Muster einer Kalkulation		74
7 Muster – Aufbau der Gesamtgeldverkehrsrechnung		75
8 Muster einer Vermögenszuwachsrechnung		76
9 Muster eines Einspruchs gegen einen Schätzungsbescheid		80
XVIII. Die Steuerliche Verprobung und ihre Methoden*	460	

(Fortsetzung Seite 25)

* (wird aktualisiert)

	Kennzahl	Seite
XIX. Steuerliche Außenprüfungen	480	
1. Begriff und Bedeutung der Außenprüfung		1
2. Zulässigkeit einer Außenprüfung		2
3. Einteilung nach Größenklassen		5
4. Sachlicher Umfang einer Außenprüfung		7
5. Zeitlicher Umfang einer Außenprüfung		10
6. Zuständigkeit		12
7. Prüfungsanordnung		13
8. Beginn der Außenprüfung		16
9. Prüfungsgrundsätze		17
10. Verletzung des Steuergeheimnisses durch einen Amtsträger		20
11. Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen		22
a) Allgemeine Mitwirkungspflichten (§ 200 AO)		22
b) Auskünfte der Steuerpflichtigen/Vorlage von Urkunden		23
c) Aufzubewahrende Urkunden/Unterlagen (§ 147 Abs. 1 AO)		23
d) Auskunftspflichtige		24
e) Vorlageersuchen für sonstige Unterlagen i.S. des § 147 Abs. 1 Nr. 5 AO		24
f) Vorlage von Privatkonten		25
g) Kostenerstattung gemäß § 107 AO		26
h) Verzögerungsgeld		27
i) Mitwirkungspflichten Dritter		28
12. Grenzen der Mitwirkungspflichten des zu Prüfenden		29
13. Ermittlungen bei Dritten		30
a) Prüfung eines Notars		30
b) Prüfung des Ehegatten eines Steuerpflichtigen		30
c) Betriebsprüfung beim Erben		30
d) Betriebsprüfung beim Gesellschafter oder Überwachungsorgan		30
e) Prüfung bei Arbeitnehmern oder Empfängern von Kapitalerträgen		31
f) Prüfung der Kapitalertragsteuer		31
14. Steuer- und Zollfahndung		32
15. Abgekürzte Außenprüfung		39
16. Verfahren und Methoden der Außenprüfung		40
17. Prüfungsvorbereitung		50j
a) Umsatzsteuer		50j

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
b) Einkommen	480	50k
c) Gewerbesteuer		51
d) Vermögensvergleich		51
18. Vorbesprechung		51
19. Schlussbesprechung		52
20. Tatsächliche Verständigung		52
21. Kontrollmitteilung		53
22. Prüfungsbericht		54
23. Verbindliche Zusagen aufgrund einer Außenprüfung		55
a) Auskünfte im Steuerrecht		55
b) Zusage im Steuerrecht		55
c) Die verbindliche Zollltarifauskunft		56
d) Die Lohnsteuer-Anrufungsauskunft		57
e) Die verbindliche Zusage auf Grund einer Betriebsprüfung		60
f) Verbindliche Auskünfte nach § 89 Abs. 2 AO außerhalb der Betriebsprüfung		61
a) <i>Muster – Verbindliche Auskunft</i>		70a
b) <i>Muster – Ergebnis einer verbindlichen Auskunft</i>		70b
c) <i>Muster – Beispiele zur Zuständigkeit für die Erteilung einer verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 Satz 2 und 3 AO</i>		70i
g) Checkliste zur Gebührenpflicht		70m
h) Verfassungsrechtliche Überlegungen zur Gebührenpflicht für verbindliche Auskunft		75
24. Konzernprüfungen		75
25. Mitwirkung des Bundes an Außenprüfungen		76
26. Recht der Gemeinden auf Teilnahme an Außenprüfung		77

(Fortsetzung Seite 27)

	Kennzahl	Seite
27. 1 Checkliste zur Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Auffinden von Schwachstellen	480	80
28. Verhaltenstipps bei Außenprüfungen		85
2 <i>Checkliste I</i>		87
3 <i>Checkliste II</i>		89
4 <i>Checkliste speziell für eine GmbH</i>		89
29. Muster		91
5 <i>Anordnung einer Außenprüfung</i>		91
6 <i>Einspruch gegen die Anordnung einer Außenprüfung</i> ...		91
7 <i>Antrag auf Verlegung eines angekündigten Außenprüfungstermins</i>		92
8 <i>Antrag auf Verlegung eines angekündigten Außenprüfungstermins</i>		92
9 <i>Beispiel einer Niederschrift über eine tatsächliche Verständigung</i>		93
10 <i>Einspruch gegen die Ablehnung einer verbindlichen Zusage</i>		93
11 <i>Vermögenszuwachsrechnung</i>		94
12 <i>Aufbau einer Gesamtgeldverkehrsrechnung</i>		97
13 <i>Aufbau einer privaten Geldverkehrsrechnung</i>		98
30. Datenschutz im Steuerverwaltungsverfahren und bei Außenprüfungen		99
I. Allgemeines		99
II. Anwendungsbereich der DSGVO und der Datenschutzvorschriften der AO sowie der Steuergesetze		100
1. Unmittelbare Anwendung der DSGVO		99
2. Entsprechende Anwendung der DSGVO (§ 2a Abs. 5 AO) ...		100
3. Keine Anwendung der DSGVO in Steuerstraf- und -bußgeldverfahren (§ 2a Abs. 4 AO)		100
III. Verarbeitung und Weiterverarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden		101
1. Begriffsdefinitionen (Art. 4 und 9 Abs. 1 DSGVO)		101
2. Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DSGVO)		102
3. Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden (§ 29b AO)		103

	Kennzahl	Seite
4. Weiterverarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden (§ 29c AO)	480	104
IV. Steuergeheimnis (§ 30 AO)		106
V. Rechte der betroffenen Person		
(Art. 12 bis 22 DSGVO, §§ 32a bis 32f AO)		107
1. Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person (Art. 12 DSGVO, § 32d AO)		107
2. Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten		108
a) Bei der betroffenen Person erhobene personenbezogene Daten (Art. 13 DSGVO, § 32a AO)		108
aa) Informationspflicht von Amts wegen		108
bb) Ausnahmen von der Informationspflicht		109
b) Bei Dritten erhobene personenbezogene Daten (Art. 14 DSGVO, § 32b AO)		111
aa) Informationspflicht von Amts wegen		111
bb) Ausnahmen von der Informationspflicht		112
3. Auskunftsrecht der betroffenen Person (Art. 15 DSGVO, § 32c AO)		113
a) Auskunftspflicht auf Antrag		113
b) Ausnahmen von der Auskunftspflicht		114
4. Auskunfts- und Informationsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) oder entsprechenden Landesgesetzen (§ 32e AO)		115
5. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO, § 32f Abs. 1 AO)		115
6. Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO, § 32f Abs. 2 AO)		115
7. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)		117
8. Mitteilungspflicht der verantwortlichen Finanzbehörde im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung – Art. 19 DSGVO		118
9. Recht auf Datenübertragbarkeit – Art. 20 DSGVO		118
10. Widerspruchsrecht – Art. 21 DSGVO, § 32f Abs. 5 AO		118
11. Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall (Art. 22 DSGVO)		119
12. Erteilung der Auskunft		119

	Kennzahl	Seite
VI. Datenschutzaufsicht	480	121
1. Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden (Art. 37ff. DSGVO, § 32g AO, §§ 5ff. BDSG)		121
2. Datenschutzaufsicht über Finanzbehörden (Art. 51ff. DSGVO, § 32h Abs. 1 AO)		121
3. Datenschutzaufsicht über andere öffentliche sowie nicht-öffentliche Stellen		121
4. Datenschutz-Folgenabschätzung (Art. 35 DSGVO, § 32h Abs. 2 AO)		122
VII. Rechtsschutz		123
1. Beschwerdemöglichkeit (Art. 77 DSGVO)		123
2. Gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren (Art. 78 und 79 DSGVO, § 32i AO)		123
a) Verfahrensrechtliche Regelungen		123
b) Klage gegen den Beschluss einer Datenschutzaufsichts- behörde (Art. 78 DSGVO, § 32i Abs. 1 AO)		124
c) Klage der betroffenen Person gegen Finanzbehörden oder gegen deren Auftragsverarbeiter wegen eines Verstoßes gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen (Art. 79 DSGVO, § 32i Abs. 2 AO)		125
d) Feststellungsklage gegen einen Beschluss der Datenschutz- aufsicht gegenüber einer anderen öffentlichen Stelle oder einer nicht-öffentlichen Stelle (§ 32i Abs. 3 AO)		125
e) Rechtsweg bei Streitigkeiten über Auskunftsansprüche nach dem IZG LSA		126
VIII. Informationspflichten bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 33 und 34 DSGVO)		128
1. Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten		128
2. Meldepflicht gegenüber der oder dem BfDI		128
3. Benachrichtigung der betroffenen Person		129
IX. Übersichten		130
XX. Stundung	500	1
1. Billigkeitsmaßnahme		1
2. Stundungsfähige Ansprüche		2
3. Erhebliche Härte		2

	Kennzahl	Seite
a) Persönliche Härte	500	2
b) Sachliche Härte		3
4. Gefährdung des Steueranspruchs		3
a) Anspruchsgefährdung		4
b) Sicherheitsleistung		4
5. Stundung auf Antrag		4
6. Wirkung der Stundung		5
7. Begünstigender Verwaltungsakte und Rechtsbehelfe		5
a) Begünstigender Verwaltungsakt		5
b) Rechtsbehelfe		5
8. Besonderheiten im Zusammenhang mit einer Stundung		6
a) Widerruf einer Verrechnungsstundung bei vorzeitiger Fälligkeit anderer Gegenansprüche		6
b) Stundungszinsen bei Verrechnungsstundungen		6
c) Stundung aus sachlichen Gründen wegen eines geltend gemachten Verlustrücktrags nach § 10d EStG		7
d) Stundung von Abzugssteuern		7
9. Einzelfälle der Rechtsprechung zur persönlichen Billigkeit		8
a) Stundungsbedürftigkeit und -würdigkeit		8
b) Stundungswürdigkeit		8
c) Erhöhung von Vorauszahlungen		9
d) Gefährdung des Steueranspruchs/Sicherheitsleistung		9
10. Einzelfälle der Rechtsprechung zur sachlichen Billigkeit		9
a) Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit entstehender Gegenanspruch		9
b) Vorsteuerüberschuss		10
c) Nachweis des Gegenanspruchs		10
d) Abtretung		10
e) Ansprüche gegen andere Behörden		10
f) Treu und Glauben bei Stundungsentscheidungen		10
g) Abzugssteuer		10
h) Voraussetzungen für technische Stundung		11
11. Zuständigkeit, Zeichnungsrecht und Säumniszuschläge		11
a) Zuständigkeit und Zeichnungsrecht		11
b) Kirchensteuer		11
c) Stundungszinsen		11
d) Erhebung von Säumniszuschlägen in Stundungsfällen		11
12. Stundungszinsen		12

	Kennzahl	Seite
13. Stundung – Muster allgemein	500	13
1 <i>Antrag auf Stundung einer Einkommensteuer-</i> <i>abschlusszahlung (1. Fassung)</i>		13
2 <i>Antrag auf Stundung einer Einkommensteuer-</i> <i>abschlusszahlung (2. Fassung)</i>		14
3 <i>Antrag auf Stundung einer Einkommensteuer-</i> <i>Vorauszahlung</i>		15
4 <i>Antrag auf Stundung einer Einkommensteuer-</i> <i>Vorauszahlung im Hinblick auf ein Einkommensteuer-</i> <i>Guthaben (Verrechnungsstundung)</i>		16
5 <i>Antrag auf Stundung der Gewerbesteuer-Abschlusszahlung</i>		17
14. Muster von Stundungsanträgen für gesetzlich vorgesehene Stundungen		17
6 <i>Zahlungsaufschub bei Zöllen und Verbrauchsteuern</i>		17
7 <i>Antrag auf Zahlungsaufschub von Verbrauchsteuer</i>		18
15. Widerruf der Stundung		18
8 <i>Einspruch gegen die Ablehnung einer Stundung</i>		20
9 <i>Einspruch gegen den Widerruf einer Stundung</i>		21

(Fortsetzung Seite 29)

	Kennzahl	Seite
XXI. Der Erlass von Steuern.	520	1
1. Voraussetzungen für einen Erlass nach § 227 AO		1
a) Persönliche Unbilligkeit		1
b) Sachliche Unbilligkeit		2
c) Rechtsbehelfe		2
d) Korrekturvorschriften		3
e) Abgrenzung zur Niederschlagung		3
2. Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen (§ 163 AO)		3
3. Befugnis zu Billigkeitsmaßnahmen nach § 163 Satz 1 AO aufgrund der Befugnis zur Festsetzung von Realsteuermessbeträgen		5
4. Außergerichtliche Schuldenbereinigung im Insolvenzverfahren		6
5. Zuständigkeit für Erlasse (§ 227 AO) und sonstige Billigkeitsmaßnahmen innerhalb der Finanzverwaltung		11
6. ABC der Erlassgrundsätze		13
7. Checkliste zur Abfassung eines Erlassantrages.		32
1 <i>Checkliste zur Abfassung eines Erlassantrages.</i>		32
8. Muster von Erlassanträgen gemäß § 227 AO		36
2 <i>Beispiel eines Antrags auf Steuererlass aus persönlichen Billigkeitsgründen</i>		36
3 <i>Beispiel eines Antrags auf Steuererlass aus sachlichen Billigkeitsgründen</i>		37
4 <i>Beispiel eines Antrags auf Erlass von Säumniszuschlägen</i>		39
5 <i>Einspruch gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erlass nach § 227 AO</i>		40
XXII. Änderung von Steuerbescheiden*	530	
XXIII. Außergerichtliche Rechtsbehelfe	540	1
1. Abgrenzung der förmlichen außergerichtlichen Rechtsbehelfe von sonstigen rechtsbehelfsfähigen Anträgen Einführung		1
2. Abgrenzung des Einspruchs zum Antrag auf Änderung		3
3. Auslegung oder Umdeutung von Willenserklärungen		3
4. Rechtswirkung des Einspruchs		6

* (wird aktualisiert)

	Kennzahl	Seite
5. Prüfung des Einspruchs (Zulässigkeitsvoraussetzungen)	540	6
a) Gesuch um Rechtsschutz		7
b) Zuständigkeit (§ 357 Abs. 2 AO)		7
c) Statthaftigkeit des Einspruchs (§§ 347, 348 AO).		8
d) Frist (§§ 355, 356 AO)		9
e) Form (§ 357 AO)		13
f) Einspruchsfähigkeit (§§ 365, 79 AO)		13
g) Einspruchsbefugnis/Beschwer (§§ 350ff. AO)		13
h) Rechtsschutzbedürfnis (AEAO zu § 350, Nr. 6)		15
i) Beteiligte am Verfahren (§ 359 AO)		16
6. Anfechtungsbeschränkungen gem. § 351 AO		17
a) Anfechtungsbeschränkung bei Änderung eines unanfechtbaren Verwaltungsaktes (§ 351 Abs. 1 AO)		17
b) Anfechtungsbeschränkung bei Grundlagen – Folgebescheiden (§ 351 Abs. 2 AO)		19
c) Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung (§ 352 AO)		20
d) Vertretungsberechtigte Geschäftsführer und Einspruchs- bevollmächtigte.		20
e) Einspruchsbefugnis der einzelnen Feststellungsbeteiligten .		23
f) Unterbeteiligungs- und Treuhandverhältnisse		23
g) Sonderregelungen in anderen Vorschriften		25
h) Einspruchsbefugnis bei Steuerbescheiden gegen eine GbR als Steuerschuldnerin		25
i) Einspruchsbefugnis bei Liquidation der Gesellschaft.		26
j) Einspruchsbefugnis nach Vollbeendigung der Gesellschaft		26
7. Einspruchsverzicht (§ 354 AO), Einspruchsrücknahme (§ 362 AO)		26
a) Einspruchsverzicht (§ 354 AO)		27
b) Einspruchsrücknahme (§ 362 AO).		27
8. Prüfung des Einspruchs, Begründetheit bei Zulässigkeit des Einspruchs		30
9. Ergebnisse der sachlichen Überprüfung des zulässigen Einspruchs		32
a) Der Einspruch ist in vollem Umfang begründet		33
b) Der Einspruch ist nur teilweise begründet (§ 365 Abs. 3 AO)		35
c) Der Einspruch ist in vollem Umfang unbegründet		36
d) Der Einspruch ist (teilweise) unbegründet; Möglichkeit der Verböserung		37
e) Rücknahme des Einspruchs nach Verböserungshinweis . . .		38

	Kennzahl	Seite
f) Verfahren bei unterlassener Rücknahme nach Verböserungshinweis	540	39
g) Erledigung eines Einspruchsverfahrens durch vorläufige Steuerfestsetzung		40
10. Aussetzung der Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsakts (§ 361 AO)		40
a) Allgemeines		40
b) Vollstreckung bei anhängigem Vollziehungsaussetzungs- antrag		41

(Fortsetzung Seite 33)

	Kennzahl	Seite
c) Aussetzung der Vollziehung eines Grundlagenbescheids	540	42
d) Vorauszahlungsbescheide		42
e) Anfechtungsmöglichkeiten bei Ablehnung der Aussetzung der Vollziehung		43
11. Hinzuziehung zum Verfahren (§ 360 AO)		43
a) Einfache Hinzuziehung (§ 360 Abs. 1 AO)		44
b) Notwendige Hinzuziehung (§ 360 Abs. 3 AO)		45
c) Hinzuziehung gem. § 360 Abs. 5 AO		48
d) Übersicht – Notwendige Hinzuziehung nach § 360 Abs. 3 AO bei Einsprüchen gegen einheitliche Feststellungsbescheide		49
e) Unterlassene Hinzuziehung/Heilung		51
f) Notwendige Hinzuziehung von mehr als 50 Personen		51
g) Sonderfall der Hinzuziehung nach § 174 Abs. 5 AO		51
h) Wirkung der Hinzuziehung		52
12. Durchführung des Einspruchsverfahrens		53
a) Aussetzung und Ruhen des Einspruchsverfahrens (§ 363 Abs. 1 AO)		53
b) Ruhen des Einspruchsverfahrens (§ 363 Abs. 2 AO)		53
c) Erörterung des Sach- und Rechtsstands (§ 364a AO)		55
d) Die Fristsetzung (§ 364b AO)		55
e) Akteneinsicht		55
f) Einspruchsbearbeitung in Insolvenzfällen		57
g) Bearbeitung von Einsprüchen nach Löschung juristischer Personen im Handelsregister		58
13. Muster		59
a) 1 <i>Einspruch gegen einen Einkommensteuerbescheid durch Steuerpflichtigen</i>		59
b) 2 <i>Einspruch gegen einen Einkommensteuerbescheid durch Steuerberater</i>		59
c) 3 <i>Einspruch gegen einen Einkommensteuerbescheid und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung</i>		60
d) 4 <i>Einspruch gegen die Festsetzung eines Zuschlags wegen verspäteter Abgabe einer Steuererklärung durch Steuerberater</i>		61
e) 5 <i>Einspruch gegen die Festsetzung eines Zuschlags wegen verspäteter Abgabe einer Steuererklärung durch Steuerberater (Alternative)</i>		62
f) 6 <i>Einspruch gegen die Festsetzung eines Zuschlags wegen verspäteter Abgabe einer Steuererklärung bei Krankheit</i>		62
g) 7 <i>Einspruch gegen die Ablehnung eines Stundungsantrags</i>		63

	Kennzahl	Seite
h) 8 Einspruch gegen die Ablehnung eines Stundungsantrags durch Steuerberater	540	63
i) 9 Einspruch gegen die Androhung eines Zwangsgeldes durch Steuerberater		64
j) 10 Einspruch gegen die Festsetzung eines Zwangsgeldes durch Steuerberater		65
k) 11 Dienstaufsichtsbeschwerde		66
l) 12 Gegenvorstellung in Sachen eines anfechtbaren Steuerbescheids		66
m) 13 Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. § 110 AO durch Steuerberater (1. Fassung)		67
n) 14 Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. § 110 AO durch Stpfl. (2. Fassung)		67
o) 15 Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. § 110 AO und Nachholung der versäumten Handlung durch Steuerberater (3. Fassung)		68
p) 16 Einspruch gegen die Ablehnung eines Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. § 110 AO		69
q) 17 Rücknahme eines Rechtsbehelfs durch Steuerpflichtigen (1. Fassung)		69
r) 18 Rücknahme eines Rechtsbehelfs durch Steuerberater (2. Fassung)		70
s) 19 Einspruchsentscheidung		70
t) 20 Einschränkung des Einspruchsbegehrens		71
u) 21 Antrag auf Aussetzung der Vollziehung		72
v) 22 Ankündigung einer Hinzuziehung		72
w) 23 Anordnung einer Hinzuziehung nach § 360 Abs. 5 AO		73
XXIIIa. Gerichtliche Rechtsmittel	550	1
1. Anbringung einer Klage		1
2. Klagearten		2
a) Anfechtungsklage		2
b) Verpflichtungsklage		3
c) Feststellungsklage		3
d) Sonstige Leistungsklage		4
e) Fortsetzungsfeststellungsklage		5
f) Sprungklage (§ 45 FGO)		6
g) Untätigkeitsklage gemäß § 46 Abs. 1 FGO		10

	Kennzahl	Seite
3. Änderung des angefochtenen Verwaltungsaktes nach Klageerhebung (§ 68 FGO)	550	16
4. Änderung des Verfahrensgegenstandes (§ 68 FGO)		18
5. Mündliche Verhandlung		22
6. Beendigung eines Klageverfahrens vor dem Finanzgericht		27
7. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Finanzgerichten		36
8. Einstweilige Anordnung		46
9. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Finanzgerichts		51
a) Rechtsmittel gegen Urteil		51
b) Rechtsbehelf gegen Gerichtsbescheid		51
c) Nichtzulassungsbeschwerde		53
d) Revision		69
10. Rücknahme gerichtlicher Rechtsbehelfe und Rechtsmittel		79
11. Verzögerungsrüge		80
12. Prozesskostenhilfe		85
13. Grundzüge des Verfahrens vor dem EuGH		91
14. Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten		96
15. Elektronischer Rechtsverkehr ab 1. 1. 2018		99
16. Muster		101
1 <i>Muster eines Antrags auf Aussetzung der Vollziehung</i>		101
2 <i>Muster eines Antrags auf Ruhen des Verfahrens</i>		102
3 <i>Muster einer Klage beim Finanzgericht (1. Fassung)</i>		102
4 <i>Muster einer Klage beim Finanzgericht (2. Fassung)</i>		103
5 <i>Antrag auf Änderung des Steuerbetrages</i>		105
6 <i>Muster einer Nichtzulassungsbeschwerde</i>		105
7 <i>Muster einer Revision an den BFH</i>		106
8 <i>Muster eines Antrags auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist</i>		107
9 <i>Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß § 56 FGO</i>		107
10 <i>Muster eines Prozesskostenhilfeantrags</i>		108
11 <i>Muster Nichtzulassungsbeschwerde</i>		108
12 <i>Muster für eine Revisionsschrift</i>		109
 XXIV. Steuerstrafrecht und Steuerstrafverfahren (einschl. Bußgeldtatbestände und Bußgeldverfahren)		560

	Kennzahl	Seite
XXV. Vollstreckung im Steuerrecht	580	1
1. Vollstreckungsschuldner		1
2. Durchführung der Vollstreckung		1
3. Vollstreckung gegen Ehegatten und Lebenspartner		6
4. Vollstreckung in Sachen		8
5. Vollstreckung in Forderungen		9
6. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen		11
7. Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung		12
8. Aufhebung der Vollstreckungsmaßnahmen		18
9. Unbilligkeit der Vollstreckung		19
10. Einwendungen gegen die Vollstreckung		19
11. Verwertung nach Vollstreckung		20
12. Vermögensauskunft		21
13. Kosten der Vollstreckung		25
14. Arrest		27
a) Dinglicher Arrest		27
b) Vollziehung des Arrestes		28
c) Persönlicher Arrest		30
15. Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen – Aufteilung einer Gesamtschuld nach §§ 268 ff. AO		30
a) Zweck der Aufteilung		30
b) Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufteilungs- bescheides		30
c) Anträge auf Aufteilung		31
d) Zusammenwirken von Veranlagungsstelle und Vollstreckungsstelle des Finanzamts		32
e) Zeitpunkt der Durchführung der Aufteilung		33
f) Aufzuteilender Betrag		34
g) Aufteilungsmaßstab, Aufteilung und Anrechnung von Beträgen		35
h) Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids		39
i) Bekanntgabe des Aufteilungsbescheids		39
j) Eintritt der Bestandskraft		39
k) Absehen von der Erteilung eines Aufteilungsbescheids		40
l) Änderung des Aufteilungsbescheids		40
m) Einspruch		41
n) Beispiele für eine Aufteilung nach dem allgemeinen Aufteilungsmaßstab		42

	Kennzahl	Seite
o) Berechnungsschema für den Aufteilungsmaßstab nach vorangegangener Aufteilung der ESt-Vorauszahlungen (§ 272 Abs. 1 AO) und daran anschließendes Beispiel (ohne Solidaritätszuschlag)	580	44
1 <i>Beispiel für eine Aufteilung nach vorangegangener Aufteilung der Vorauszahlungen</i>		44
p) Beispiele für eine Aufteilung bei Steuernachforderungen (§ 273 Abs. 1 AO)		45
q) Muster Vollstreckung		46
2 <i>Antrag auf Erstattung zu Unrecht eingezogener Steuern (durch Vollstreckung)</i>		46
3 <i>Widerspruch eines Dritten gegen eine Steuerpfändung</i>		47
4 <i>Widerspruchsklage eines Dritten beim zuständigen Amtsgericht</i>		47
5 <i>Einspruch gegen die steuerliche Pfändung unpfändbarer Sachen</i>		48
6 <i>Antrag auf Aussetzung des Versteigerungstermins</i>		48
7 <i>Antrag auf Vollstreckungsaufschub (Einstweilige Einstellung der Vollstreckung)</i>		49
8 <i>Einspruch gegen die Anordnung eines Arrestes</i>		50
9 <i>Antrag auf Aufteilung der Gesamtschuld (Jahressteuer)</i>		51
10 <i>Antrag auf Aufteilung der Gesamtschuld (Vorauszahlungen)</i>		51
11 <i>Einspruch gegen einen Aufteilungsbescheid</i>		52
12 <i>Änderung der Steuerfestsetzung als Grund für einen Aufteilungsbescheid</i>		53
13 <i>Antrag auf Änderung des Aufteilungsbescheides</i>		53

II. TEIL

Aus der Praxis des Gesellschaftsrechts	700	1
Rechtsformen des Gesellschaftsrechts		2
I. Die Partnerschaftsgesellschaft	710	1
1. Wesen und Bedeutung der Partnerschaftsgesellschaft		1
2. Gründung		3
3. Eintragung in das Partnerschaftsregister		4
4. Vertretung in der Partnerschaftsgesellschaft		5
5. Haftung der Gesellschafter		5
6. Haftungsbeschränkung („mbB“)		5
7. Ausscheiden, Auflösung, Liquidation		6

	Kennzahl	Seite
8. Steuerrechtliche Behandlung der Partnerschaftsgesellschaft	710	7
9. Muster		8
1 <i>Der Partnerschaftsvertrag</i>		8
2 <i>Muster der Anmeldung einer Partnerschaft zur Eintragung in das Partnerschaftsregister</i>		14
II. Die offene Handelsgesellschaft (oHG)	720	1
1. Rechtsgrundlagen		1
2. Rechtsfähigkeit und Kaufmannseigenschaft		1
3. Entstehung einer oHG		1
4. Gesellschaftsvermögen		2
5. Einlagen		3
6. Handelsregistereintragung		3
7. Geschäftsführung (§§ 144–118 HGB) und Vertretung		3
8. Haftung der oHG und der Gesellschafter		6
9. Auflösung/Liquidation der oHG und Ausscheiden eines Gesellschafters		8
10. Beispiel		9
11. Die Besteuerung der oHG		11
a) Einkommensteuer (vgl. 105 S. 1 ff.)		11
b) Gewerbesteuer (vgl. 200 S. 1 ff.)		15
c) Grunderwerbsteuer		15
12. Muster		16
1 <i>Muster der Anmeldung einer oHG zur Eintragung zum Handelsregister</i>		16
2 <i>Muster einer Anmeldung des Eintritts eines neuen Gesellschafters in eine oHG beim Handelsregister</i>		17
3 <i>Muster einer Mitteilung an die Gemeinde über die Eröffnung einer oHG</i>		17
4 <i>Musterformulierungen, die Geschäftsführungsbefugnis von oHG-Gesellschaftern betreffend</i>		18
5 <i>Musterformulierungen, die Gewinn- und Verlustbeteiligung von oHG-Gesellschaftern betreffend</i>		18
6 <i>Muster eines Kündigungsschreibens des Privatgläubigers eines Gesellschafters an die oHG</i>		19
7 <i>Muster einer Erklärung über das Fortbestehen der Gesellschaft, an den kündigenden Gläubiger gerichtet</i> ...		19
8 <i>Muster einer Anmeldung beim Handelsregister, die Auflösung einer oHG betreffend</i>		20

	Kennzahl	Seite
9 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über die Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft (nichtnotarielle Form)</i>	720	20
10 <i>Muster eines Schiedsvertrags</i>		23
11 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über die Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft (notarielle Form)</i>		23
12 <i>Muster eines oHG-Vertrags mit Einlageleistung nur eines Gesellschafters</i>		27
III. Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	725	
IIIa. Private Company Limited by Shares (Ltd.)	727	
1. Ziele der Gründung ausländischer Gesellschaften		1
2. Vokabular		1
3. Gründungsvoraussetzungen (am Beispiel der Limited in Großbritannien)		3
a) Geschäftsführer = director (Sec. 154 CA 2006)		3
b) Beschränkungen directors (Sec. 177 ff. CA 2006)		4
c) Satzung = articles of association (Sec. 18 CA 2006)		4
d) Gesellschaftskapital = share capital (Sec. 10 CA 2006)		5
e) Sitz = registered office (Sec. 86 ff. CA 2006)		5
f) Gründungsdauer		5
g) Anteilseignerwechsel im Rahmen der Gründung		6
4. Unbeschränkte und beschränkte Körperschaftsteuerpflicht		7
5. Vermeidung einer Doppelbesteuerung bzw. doppelten Steuerfreistellung durch DBA		8
a) Doppelansässigkeit einer juristischen Person		8
b) Begriff der ertragsteuerlichen Betriebsstätte		9
6. Gewerbesteuer		9
7. Lohnsteuer		10
8. Umsatzsteuer		11
9. Gewinnausschüttungen/Anteilsveräußerung		11
10. Nachweis der rechtlichen und tatsächlichen Existenz sowie der aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr		12
11. Bestellung eines (inländischen) Empfangsbevollmächtigten		13
12. Anzeigen nach § 138 AO		14
13. Buchführungs- und Bilanzierungspflicht		14
14. Löschung		16

	Kennzahl	Seite
15. Folgen der Löschung im ausländischen Handelsregister	727	18
16. Folgen einer Löschung im Companies House ohne Bestellung eines Bevollmächtigten		19
17. Steuererhebung		21
18. Haftung		22
19. Besonderheiten bei einer ausländischen Gesellschaft eines EU-Mitgliedstaates		23
20. Gesetzliche Pflichten der Ltd. gegenüber dem Companies House		25
21. Ltd. & Co. KG		26
22. Limited im Organkreis		27
23. Betriebsaufspaltung (die Ltd. ist die Betriebsgesellschaft)		27
24. Muster		28
1 Private Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch Anteile Gründungsbestimmungen (<i>Articles of Association</i>)		28
IV. Die Kommanditgesellschaft (KG)	730	
1. Stellung der KG zu den übrigen Gesellschaftsformen		1
2. Rechtsgrundlagen		1
3. Rechtsfähigkeit		1
4. Entstehung der KG		1
5. Eintragung ins Handelsregister		2
6. Die Firma der KG		2
7. Gesellschaftsvermögen		2
a) Einlagen und Entnahmen aus dem Gesellschaftsvermögen		2
b) Gewinnverteilung		3
c) Auflösung der Gesellschaft/Ausscheiden eines Gesellschafters		3
8. Geschäftsführung		4
9. Vertretung		5
10. Haftung		6
11. Sonderform der Publikums-KG		8
12. Die Besteuerung der Kommanditgesellschaft		9
13. Muster		10
1 Muster einer Anmeldung des Eintritts von Kommanditisten in eine offene Handelsgesellschaft beim Handelsregister		10

	Kennzahl	Seite
2		
<i>Muster einer Mitteilung an die Gemeinde über die Umwandlung einer OHG in eine KG</i>	730	11
3		
<i>Musterformulierungen, das Kontrollrecht der Kommanditisten betreffend</i>		12
4		
<i>Muster einer Anmeldung beim Handelsregister, den Eintritt eines Kommanditisten in eine Einzelfirma betreffend (mit Haftungsausschluss für frühere Verbindlichkeiten)</i> . .		12
5		
<i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über die Errichtung einer Kommanditgesellschaft</i>		13
V. Die stille Gesellschaft (§§ 230–236 HGB)	740	1
1. Allgemeines		1
2. Wirtschaftliche Bedeutung		2
3. Entstehung der stillen Gesellschaft		4
a) Gesellschaftsvertrag		4
b) Inhaber eines Handelsgewerbes		4
c) Stiller Gesellschafter		4
d) Minderjährige Gesellschafter		5
e) Körperschaften des öffentlichen Rechts als still beteiligte Gesellschafter		5
f) Mehrere still Beteiligte an einem Handelsgewerbe		6
4. Form der Einlage		6
5. Gesellschaftszweck		7
6. Außenverhältnis		7
7. Innenverhältnis		8
a) Kontrollrechte		8
b) Gewinnbeteiligung		8
c) Anspruch des stillen Gesellschafters auf Auszahlung seines Guthabens		8
8. Haftung des stillen Gesellschafters bei Insolvenz des Geschäftsinhabers		8
9. Buchtechnische Behandlung der Vermögenseinlage des stillen Gesellschafters		9
10. Beendigung der stillen Gesellschaft		9
11. Besteuerung der stillen Gesellschaft		11
a) Einkommensteuer (vgl. 105 S. 1ff.)		13
b) Kapitalertragsteuer (vgl. 120 S. 1ff.)		22
c) Gewerbesteuer (vgl. 200 S. 1ff.)		22

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
d) Umsatzsteuer (vgl. 220 S. 1ff.)	740	25
e) Grunderwerbsteuer (vgl. 260 S, 1ff.)		26
12. Muster		27
1 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags zur Errichtung einer stillen Gesellschaft</i>		27
2 <i>Muster eines partiarischen Darlehensvertrages</i>		30

(Fortsetzung Seite 37)

	Kennzahl	Seite
VI. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	750	1
1. Rechtsgrundlagen		1
2. Rechtsfähigkeit		1
3. Entstehung der Gesellschaft		1
4. Gesellschaftsvermögen		2
5. Einlagen/Gewinnausschüttung		3
a) Einlagen		3
b) Gewinnausschüttung		3
c) Eintragung in das Handelsregister		3
6. Organe		3
a) Geschäftsführer		4
b) Gesellschafterversammlung		4
c) Aufsichtsrat		4
7. Geschäftsführung und Vertretung		4
8. Haftung		5
a) Haftung der GmbH		5
b) Haftung der Gesellschafter		5
c) Haftung der Geschäftsführer		5
9. Auflösung der Gesellschaft/Veränderungen im Personenbestand		5
a) Auflösung der Gesellschaft		5
b) Auflösung durch die Gesellschafter		5
c) Ablehnung der Insolvenzeröffnung mangels Masse		6
d) Liquidation		6
e) Veränderungen im Personenbestand		6
10. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) (§ 5a GmbHG)		6
1 <i>Musterprotokoll für die Gründung einer Einpersonengesellschaft</i>		9
2 <i>Musterprotokoll für die Gründung einer Mehrpersonengesellschaft</i>		10
11. Die Besteuerung der GmbH		11
12. Muster		
3 <i>Anmeldung einer GmbH zur Eintragung ins Handelsregister</i>		12
4 <i>Anmeldung einer GmbH beim Finanzamt</i>		13
5 <i>Muster für einen Sachgründungsbericht</i>		14
6 <i>Abtretung eines Gesellschaftsanteils (Stammanteils) an einer GmbH</i>		14
7 <i>Kapitalerhöhungsbeschluss einer GmbH</i>		15

	Kennzahl	Seite
8 <i>Anmeldung der Erhöhung des Stammkapitals einer GmbH zur Eintragung ins Handelsregister</i>	750	16
9 <i>Kapitalherabsetzungsbeschluss bei einer GmbH</i>		16
10 <i>Anmeldung der Herabsetzung des Stammkapitals einer GmbH zur Eintragung ins Handelsregister</i>		17
11 <i>Anstellungsvertrag mit einem Geschäftsführer bei einer GmbH</i>		17
12 <i>Berufung einer Gesellschafterversammlung bei einer GmbH</i>		19
13 <i>Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer GmbH</i>		19
14 <i>Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer GmbH</i>		21
 VII. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)*	 770	
 VIII. Die Unterbeteiligung*	 775	
 IX. Die Familiengesellschaft	 780	
1. Begriff		1
2. Steuerrechtliche Anerkennung von Familiengesellschaften		2
3. Gesellschaft zwischen Ehegatten		4
4. Gesellschaft zwischen Eltern und Kindern		5
5. Formvorschriften bei Familiengesellschaften		6
6. Besonderheiten, die Regelung von Gesellschaftsverhältnissen bei Familiengesellschaften betreffen		6

(Fortsetzung Seite 41)

* (wird aktualisiert)

	Kennzahl	Seite
7. Alternative zur Gesellschafterstellung – Einräumung einer Unterbeteiligung	780	8
8. Alternative zur Gesellschafterstellung – Nießbrauch an einer Personengesellschaftsbeteiligung		11
9. Gesellschaftsvertrag		16
1 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags zur Errichtung einer Familien-Kommanditgesellschaft</i>		16
2 <i>Muster einer Mitteilung an die Gemeinde</i>		19
10. Die Besteuerung der Familiengesellschaft		19
11. Einzelheiten zur Angemessenheit		21
12. Praxisbeispiel		23
13. Faktische Mitunternehmerschaft in der Familiengesellschaft		28
X. Die GmbH & Co. KG	790	1
1. Bedeutung der GmbH & Co. KG		1
2. Die unmittelbare Errichtung der GmbH & Co. KG		1
3. Die mittelbare Errichtung der GmbH & Co. KG		2
4. Der Gesellschaftsvertrag der GmbH & Co. KG		3
5. Die Firma der GmbH & Co. KG		3
6. Geschäftsführung, Vertretung und Haftung in der GmbH & Co. KG		4
7. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung in der GmbH & Co. KG		4
8. Gewinnverteilung		6
9. Handelsregister		7
10. Beirat		7
11. Die Auflösung der GmbH & Co. KG		8
12. Auseinandersetzung und Liquidation der GmbH & Co. KG ..		8
a) Auseinandersetzung		8
b) Liquidation		9
13. Wettbewerbsverbote		9
a) Wettbewerbsverbot kraft Gesetzes		9
b) Wettbewerbsverbot kraft Vertrags		10
14. Die Besteuerung der GmbH & Co. KG		10
a) Einkommensteuer		10
b) Gewerbesteuer		15

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
c) Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	790	15
d) Grunderwerbsteuer		16
15. Muster		16
1 <i>Muster der Anmeldung einer GmbH & Co. KG zur Eintragung ins Handelsregister beim Amtsgericht</i>		16
2 <i>Muster der Inkennntnissetzung der Gemeinde über die Errichtung einer GmbH & Co. KG</i>		17
3 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über die Errichtung einer GmbH & Co. KG</i>		17
XI. Die GmbH & Still	791	1
1. Allgemeines		1
2. Die Grundformen der GmbH & Still		2
a) Die typische GmbH & Still		2
b) Die atypische GmbH & Still		2
3. Die Einlage des stillen Gesellschafters		2
4. Gewinn- und Verlustbeteiligung		3
5. Kontrollrechte des stillen Gesellschafters		4
6. Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis		4
7. Kündigung und Beendigung des Gesellschaftsverhältnisses ..		5
8. Insolvenz des Geschäftsinhabers (GmbH)		5
9. Die Auseinandersetzung zwischen dem Hauptgesellschafter (GmbH) und dem stillen Gesellschafter		5
10. Der Gesellschaftsvertrag der GmbH & Still		6
1 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über eine GmbH & Still (typische GmbH & Still)</i>		6
2 <i>Muster eines Gesellschaftsvertrags über eine GmbH & Still (atypische Form)</i>		7
11. Die Besteuerung der GmbH & Still		9
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer		9
b) Gewerbesteuer		11
XII. Die Aktiengesellschaft (AG)	795	1
1. Wesen der AG		1
2. Gründung einer AG		2
a) Feststellung der Satzung		2
b) Bestellung der Organe und Abschlussprüfer		3
c) Wahl des Aufsichtsrats		3

	Kennzahl	Seite
3. Firma und Sitz der AG	795	3
4. Die Organisation der AG		4
a) Rechtsstellung der Aktionäre		4
b) Die Organe der AG		5
5. Kapitalaufbringung, -erhaltung, -erhöhung, -herabsetzung ..		10
a) Kapitalaufbringung		10
b) Kapitalerhaltung		12
c) Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung		13
6. Rechnungslegung und Gewinnermittlung		14
a) Die Jahresbilanz		14
aa) Form der Bilanz und Gliederungsschema		15
bb) Bewertungsgrundsätze		18
b) Die Gewinn- und Verlustrechnung		19
c) Der Anhang		22
d) Der Lagebericht		22
e) Die Prüfung des Jahresabschlusses		23
aa) Prüfung durch den Abschlussprüfer		23
bb) Prüfung durch den Aufsichtsrat		24
f) Die Feststellung des Jahresabschlusses		25
g) Die Verwendung des Gewinns		25
h) Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung		26
i) Bekanntmachung des Jahresabschlusses		26
7. Unternehmensverbund		26
8. Besonderheiten der kleinen Aktiengesellschaft		27
a) Ein-Personen-Gründung		27
b) Einzelverbriefung von Aktien		27
c) Keine Doppelwahlen von Arbeitnehmersvertretern		27
d) Gewinnverwendung		28
e) Hauptversammlung		28
f) Mitbestimmung		28
9. Die Besteuerung der Aktiengesellschaft		28
10. Muster		29
1 <i>Muster eines Protokolls über die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Vorstandes</i>		29
2 <i>Muster eines Gründungsberichts</i>		30
3 <i>Muster eines Berichts über eine durch Vorstand und Aufsichtsrat durchgeführte Gründungsprüfung</i>		30

	Kennzahl	Seite
4 <i>Muster einer Anmeldung einer Aktiengesellschaft zur Eintragung in das Handelsregister</i>	795	31
5 <i>Muster eines Aufsichtsratsbeschlusses (Protokoll)</i>		32
6 <i>Muster eines Gründungsvertrags einer Aktiengesellschaft (Bargründung)</i>		32
7 <i>Muster eines Gründungsvertrags einer Aktiengesellschaft (Sachgründung)</i>		34
8 <i>Mustersatzung einer Aktiengesellschaft</i>		35
 XIII. Die Umwandlung von Gesellschaften	 796	
 III. TEIL		
Aus der Praxis des bürgerlichen Rechts	800	1
 I. Recht der Schuldverhältnisse		
	810	
 II. Aus dem Sachenrecht		
	830	1
1. Allgemeine Grundsätze zum Sachenrecht		1
2. Begriff der Sachen		3
3. Besitz/Eigentum		4
a) Besitz		4
b) Eigentum		7
4. Eigentumsvorbehalt		9
5. Sicherungsübereignung		11
6. Nießbrauch		12
7. Weitere Dienstbarkeiten		13
a) Die Grunddienstbarkeit		13
b) Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit		14
8. Pfandrecht		14
9. Grundpfandrechte		18
a) Hypothek		19
b) Grundschuld		20
c) Rentenschuld		21
10. Muster		21
1 <i>Muster eines Sicherungsübereignungsvertrags</i>		21
2 <i>Muster eines Sicherungsabtretungsvertrags</i>		23

	Kennzahl	Seite
3 <i>Muster einer Bestellung des Nießbrauchs an einem Grundstück</i>	830	25
4 <i>Muster von Verpfändungsverträgen</i>		26
5 <i>Muster der Bestellung einer Briefhypothek</i>		27
6 <i>Muster der Bestellung einer Buchhypothek</i>		28
7 <i>Muster der Bestellung einer Anteilshypothek</i>		28
8 <i>Muster der Bestellung einer Sicherheitshypothek</i>		28
9 <i>Muster der Bestellung einer Höchstbetragshypothek</i>		29
10 <i>Muster eines Antrags auf Eintragung einer Zwangshypothek</i>		29
11 <i>Muster eines Antrags auf Eintragung einer Arresthypothek</i>		30
12 <i>Muster der Bestellung einer Briefgrundschuld (A)</i>		30
13 <i>Muster der Bestellung einer Briefgrundschuld (B)</i>		30
14 <i>Muster der Bestellung einer Eigentümergrundschuld</i>		31
15 <i>Muster der Bestellung einer Rentenschuld</i>		31
III. Das Insolvenzverfahren	900	1
1. Insolvenzeröffnungsverfahren		1
2. Kenntniserlangung von Insolvenz- und Insolvenzeröffnungsverfahren		2
3. Auswirkungen des Insolvenzeröffnungsverfahrens auf das Steuerfestsetzungsverfahren		3
4. Auswirkungen des Insolvenzeröffnungsverfahrens auf das Steuererhebungsverfahren		4
5. Vorläufiger Gläubigerausschuss im Eröffnungsverfahren (§ 22a InsO)		6
6. Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse		7
7. Die Eigenverwaltung und das „Schutzschirmverfahren“		7
a) Allgemeines		7
b) Voraussetzungen für die Anordnung		8
c) Rechte und Pflichten des Eigenverwalters (Schuldners)		10
d) Aufgaben des Sachwalters		11
e) Maßnahmen des Finanzamts		12
8. Tätigkeiten der Vollstreckungsstelle des Finanzamts nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens		13
a) Allgemeines		13
b) Einstellung von Vollstreckungsmaßnahmen		14
c) Anmeldung der Forderungen zur Tabelle		15

025 Inhaltsübersicht

	Kennzahl	Seite
d) Aufrechnung (§§ 94 bis 96 InsO)	900	16
e) Teilnahme an Gläubigerversammlungen, Prüfungsterminen und Gläubigerausschüssen		17
f) Vollstreckung gegen Gesamtschuldner		18
g) Eigentums- und Pfandrechte Dritter		18
h) Berichtigung von angemeldeten und festgestellten Forderungen		18
i) Erlöschen bei Gesamt- und Haftungsschuldnern		19
j) Überwachung des Steuerfalles während des Insolvenzverfahrens		19
k) Verteilung der Masse		20
l) Niederschlagung von insolvenzbefangenen Abgabenforderungen und Masseansprüchen		20
m) Abwahl bzw. Antrag auf Entlassung des Insolvenzverwalters		20
9. Prüfung und Feststellung der Forderungen, des insolvenz- rechtlichen Ranges und Beseitigung von Widersprüchen		22
a) Anmeldung von Forderungen		22
b) Prüfung der angemeldeten Forderungen		23
c) Widersprüche gegen angemeldete Forderungen		24
10. Insolvenzanfechtung		31
a) Sinn und Zweck		31
b) Anfechtungsberechtigter		31
c) Anfechtungsgegner		32
d) Anfechtungsanspruch – Rückgewähranspruch		33
e) Anfechtungsvoraussetzungen		33
11. Verjährung des Anfechtungsanspruchs		34
12. Restschuldbefreiung (Insolvenzantrag ab 1. 7. 2014)		35
13. Verbraucherinsolvenzverfahren (Antrag ab 1. 7. 2014)		44
14. Muster		52
1 <i>Muster des Insolvenzantrags einer GmbH</i>		52
2 <i>Muster eines Eröffnungsbeschlusses</i>		53
3 <i>Muster einer Anzeige der Masseunzulänglichkeit</i>		54